

Ausdruck totalitärer Beschäftigungspolitik Ein Arbeitsamt des Nationalsozialismus in Karlsruhe

Unweit des Alten Friedhofs in der Karlsruher Oststadt wurde 1937 bis 1938 der Neubau des Arbeitsamts errichtet. Der strenge Gebäudeblock gehört zu den wenigen gut überlieferten Bauwerken seiner Art in Deutschland. Hier lässt sich auf beunruhigende Weise nachvollziehen, welchen zentralen Stellenwert die Machthaber des gleichgeschalteten Staates der Arbeitsmarktpolitik zu- maßen und wie sie diese Leistungen durch monumental übersteigerte Archi- tekturformen wirksam darstellen wollten.

Clemens Kieser

Mit der Gründung der Reichsanstalt für Arbeits- vermittlung und Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 waren diese Aufgaben erstmals unter dem Dach einer staatlichen Behörde vereint worden. Grundlage war das am 1. Oktober 1927 in Kraft getretene Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das die bis dahin beste- hende Erwerbslosenfürsorge ablöste. Diese Maß- nahme bedeutete den Höhepunkt der sozialpoli- tischen Gesetzgebung der Weimarer Republik, die im deutschen Kaiserreich unter Bismarck begon-

nen hatte. Es war ein erheblicher Fortschritt, dass erwerbslose Arbeitnehmer nun erstmals einen Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung hatten, wenn sie die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllten.

Seit 1933 war der Abbau der hohen Arbeitslosig- keit, eine Auswirkung der Weltwirtschaftskrise, das politische Kernziel des nationalsozialistischen Regimes. Nach der Machtergreifung und der Aus- schaltung der Gewerkschaften begann bald eine autoritäre und repressive Beschäftigungspolitik:



1 Fassade zur Kapellenstraße.

2 Rückfassade von Nordosten.

3 Rückfassade von Süden.



4 Straßenfassade, 1939 (Stadtarchiv Karlsruhe).

5 Rückfassade mit Drehtüren im Erdgeschoss, 1939 (Stadtarchiv Karlsruhe).



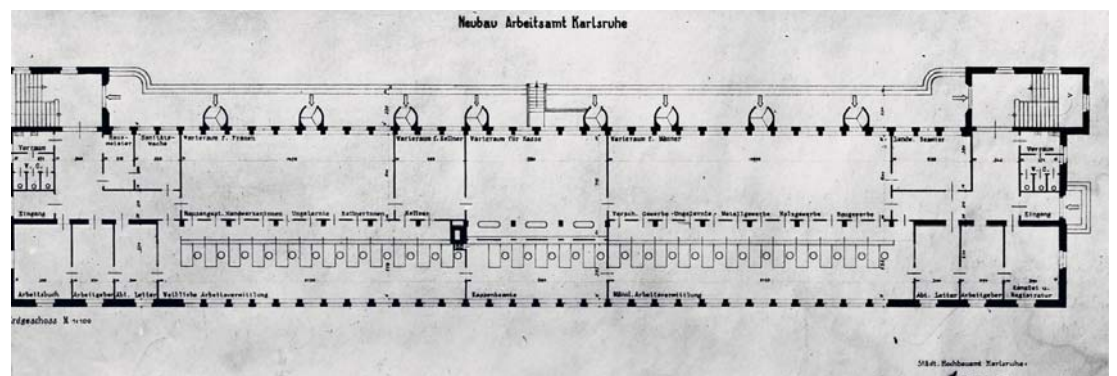
Einschränkungen der Freizügigkeit, schikanöse Zwangsmobilisierung und die Ausgrenzung und Verfolgung missliebiger Personen wurden zum Arbeitsamtsalltag. Seit 1934 verstärkt im Dienste der Aufrüstung der Wehrmacht eingesetzt, steuerten die Ämter seit 1939, dem Reichsarbeitsministerium nun direkt unterstellt, auch den Einsatz der Arbeitskräfte der Kriegswirtschaft, darunter zunehmend Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten.

Planung eines Neubaus

Die ersten Standorte der Karlsruher Arbeitsvermittlung befanden sich unweit des Rathauses. Am 1. Mai 1905 wird erwähnt, dass sich die Anstalt in der Zähringer Straße 112 befand und 1907 zur Hausnummer 100 der gleichen Straße wechselte. In der Zeit zwischen 1923 und 1938 residierte die Behörde dann im alten Wasserwerksgebäude in der Gartenstraße 53 am Archivplatz, vormals Stadtarchiv. Schnell wurde das Haus zu klein und 1935 plante die Stadt Karlsruhe einen großen Neubau in unmittelbarer Nachbarschaft. Gegen den Standort auf dem bis heute unbebauten Grundstück äußerte der Karlsruher Polizeipräsident bereits Ende August 1935 schwere Bedenken, da es sich zu nahe an den im Kriegsfall als höchst gefährdet eingestuften Produktionsgebäuden der Waffenin-

dustrie befände. Der „Hallenbau A“ der Berlin-Karlsruhe-Industrie-Werke AG, seit 1936 wieder Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG, sollte die Luftangriffe jedoch überstehen und beherbergt heute das Zentrum für Kunst- und Medientechnologie (ZKM) und die Städtische Galerie. In Abstimmung mit dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitsversicherung fiel am 24. April 1936 die Entscheidung für den Bauplatz an der Kapellenstraße, am Rande des Alten Friedhofs. Bereits im Januar 1936 hatte der Oberstadtbaurat Robert Amann (1881–1954) eine Lageplanskizze vorgelegt, sein Baugesuch wurde am 1. August 1936 genehmigt und der Bauleitung von Wilhelm Barth unterstellt (Abb. 6). 1938 konnte das Amtsgebäude vollendet werden, und es blieb bis 1954 Sitz der Arbeitsverwaltung (Abb. 4; 5). Unterbrochen war diese Zeit allerdings durch Umquartierungen: Am 8. September 1944 war das Arbeitsamt durch einen Fliegerangriff stark beschädigt worden, sodass die Verwaltung in die Staatschuldenverwaltung am Karlsruher Schlossplatz und in die Karlsruher Lebensversicherung an der Kaiserallee umziehen musste. Ein weiterer Angriff in der Nacht des 26. auf den 27. September zerstörte dann die Staatschuldenverwaltung, sodass ein Teil der Verwaltung in das beschlagnahmte „Kaffee des Westens“, ebenfalls an der Kaiserallee, ausweichen musste.

6 Grundriss EG, Wartesäle mit Drehtüren, Wartesäle nach Geschlecht getrennt und Schalterboxen. 1938 von Robert Amann (Stadtarchiv Karlsruhe).



Totalitäre Beschäftigungspolitik

Ab 1937 herrschte in Deutschland Vollbeschäftigung – so wollte es die NS-Propaganda. Dennoch entstanden in diesem Jahr die meisten Arbeitsamtsgebäude des Dritten Reichs, fast alle wie in Karlsruhe als langgestreckte und traufständige Behördenblocks mit Walmdächern. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme verlor die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ihre Selbstverwaltung. Das Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes von 1934 reglementierte die Freiheit der Arbeitgeber zur Einstellung von Arbeitskräften und beschnitt die freie Stellenwahl. Alle deutschen Staatsangehörigen wurden „zum Einsatz bei staatspolitisch bedeutsamen und unaufschiebbaren Aufgaben“ verpflichtet. 1935 führte ein Reichsgesetz „Arbeitsbücher“ ein, welche die Arbeitsämter auszustellen hatten, bis 1942 etwa 35 Millionen. Arbeits- und Berufsberatung außerhalb der Ämter war nun verboten, mit der Gestapo wurde eng zusammenarbeitet.

Streng gingen die Arbeitsämter gegen „Doppelverdienertum“ vor, was vor allem verheiratete Frauen traf, die einen Zuverdienst für die Familie suchten. Hier ging es den Machthabern schlicht um die politisch wirksame Bereinigung der Arbeitslosenstatistik. So erhielten Männer Umschulungen, um verheiratete Frauen in den Betrieben „ablösen“ zu können. Im Zuge des Arbeitskräftemangels Ende der 1930er Jahre wurde wiederum die Berufstätigkeit lediger Frauen und auch junger Mädchen gefordert und vermittelt. Auch die für die Kriegswirtschaft dringend benötigten Zwangsarbeiter wurden seit 1940 über die Arbeitsämter auf die Betriebe verteilt. So forderte die Stadt Karlsruhe während des Krieges wiederholt die Zuweisung von Kriegsgefangenen zur Beschäftigung bei städtischen Ämtern.

Bei den autoritären Dienstverpflichtungen gab es immer wieder größte disziplinarische Probleme. So berichtete das Karlsruher Arbeitsamt 1941, dass insbesondere die „zwischenbezirkliche Bedarfsdeckung von den Betroffenen nur mit größtem Widerstreben hingenommen wird“. Im Jahr 1938, also mit der Fertigstellung des Karlsruher Arbeitsamtes, wurde die bestehende Reichsanstalt in das Reichsarbeitsministerium eingegliedert und verlor ihren Status als Körperschaft öffentlichen Rechts. Dies hatte die Entlassung politisch missliebiger Mitarbeiter zur Folge, bei 259 von 360 Ämtern des Deutschen Reiches wurden Direktoren oder deren Stellvertreter ausgetauscht, um die Behörden weiter „auf Linie“ zu bringen.

Bautyp NS-Arbeitsamt

Von den neu errichteten NS-Arbeitsämtern haben sich Beispiele in Magdeburg (1935, Askanischer



Platz), Regensburg (1938/1939, Minoritenweg 8–10) und Braunschweig (1940, Cyriaksring 10) erhalten. Bei diesen Gebäuden handelt es sich durchweg um Vertreter der durch den Nationalsozialismus propagierten Heimatschutzarchitektur, hier also schlichte Walmdachbauten mit Dachgauben. Man wollte lokale Bautraditionen aufgreifen; so besitzt das Magdeburger Arbeitsamt eine unverputzte Fassade aus unglasierten roten Ziegelsteinen. Im Gegensatz zu diesen Behördenbauten wurde das Karlsruher Gebäude in bewusster Programmatik nicht in einem Regionalstil gestaltet, sondern man orientierte sich in ambitionierter Weise an den monumentalen „Reichsbauformen“, in denen in den großen Staats- und Parteizentren Berlin, München und Nürnberg repräsentative Bauten entstanden. Durch ihr Streben nach aufwendiger Monumentalität in der Architektur suchte die Stadt Karlsruhe ihre überregionale Bedeutung und ihren repräsentativen Anspruch als Gauhauptstadt zu untermauern, bis sie diese Funktion nach dem Frankreichfeldzug 1940 an Straßburg abgeben musste. Der Arbeitsamtsentwurf entstand damals unter dem Eindruck der 1936/1937 vorgelegten Planungsüberlegungen zur monumentalisierenden Neugestaltung der „Gauhauptstadt Karlsruhe“ unter Federführung des städtischen Planungsamtschefs Carl-Peter Pflästerer.

Die Rückfassaden der NS-Arbeitsämter stehen oft in einem Umkehrverhältnis zur Hauptfunktion des Gebäudes: dem Empfang von Arbeitssuchenden (Abb. 12). Das heißt, während der Haupt- und Vordereingang des Arbeitsamts ausschließlich den Mitarbeitern und Arbeitgebern vorbehalten war, mussten die arbeitssuchenden Männer und Frauen um das Gebäude herumgehen und an der Hinterrückseite eintreten. Dort befanden sich Drehtüren für die Männer- und Frauenabteilungen (Abb. 10). Diese Anordnung hatte erstmals am 1937 eröffneten Arbeitsamt Gotha Anwendung gefunden,

7 Straßenfassade:
„Körperarbeiter“ von
Carl Egler.

8 Straßenfassade:
„Geistesarbeiter“ von
Carl Egler.





9 Öffentlicher Eingang zum Obergeschoss, Gebäuderückseite.

auch beim 1940 in Braunschweig in Betrieb genommenen Arbeitsamt fand sich diese Eingangslösung wie auch in Paderborn, Wilhelmshaven, Lübeck, Gera, Krefeld und Regensburg. Das Bild von Arbeitslosen vor der Vorderfront der Gebäude war nicht gewünscht, zumal dies der Propaganda zuwiderlief, die die Senkung der Arbeitslosenzahlen bejubelte.

So ist auch beim Karlsruher Arbeitsamt auffällig, dass sich auf der städtebaulich dominanten Schaufassade kein Eingang befindet. Die Bediensteten traten durch die Seitenfassaden ein, die Arbeitssuchenden wurden über die Drehtüren an der Rückseite ins Gebäude geschleust. In den Jahrzehnten zuvor hatte die berufsspezifische Beratung die innere Struktur der Arbeitsvermittlungen geprägt, nach 1933 gab es nur noch eine Unterscheidung nach Geschlecht. So war im Erdgeschoss ein Wartesaal den Frauen, einer den Männern vorbehalten, getrennt durch den zentralen Kassenraum. Hier wurden die Arbeitssuchenden, nach Berufsgruppen geschieden, in separate Beratungskabinen gerufen. Diese Organisation wiederholte sich teilweise im ersten Obergeschoss: Hier erreichte man über das Treppenhaus und einen Laubengang die Drehtüren des Wartesaals für Angestellte oder konnte bei den Sachbearbeitern der Arbeitslosenhilfe vorsprechen. Im zweiten Obergeschoss befanden sich Diensträume ohne Publikumsverkehr.

Propaganda und Formkalkül

Die monumentale Gestaltung des Gebäudes knüpft an die „Reichsbauformen“ des Nationalsozialismus

10 Vermauerte Öffnungen der Drehtüren.



an. Hinsichtlich der Bauaufgabe Arbeitsamt gibt es in der Bundesrepublik keinen vergleichbaren Bau. Bemerkenswert sind die kostspielige Fassadenverkleidung mit Kalksteinquadern, der hohe Gebäudesockel und ein umlaufendes Kranzgesims. Die eng gestaffelte Pfeilergliederung der Straßenseite verleiht dem Gebäude eine zusätzliche Horizontalbetonung. Als „Kunst am Bau“ bilden lediglich die beiden überlebensgroßen Kalksteinfliguren auf Konsolen eine Abwechslung. Die heroisierten Figuren eines „Arbeiters der Hand“ (Abb. 7) und eines „Arbeiters des Geistes“ (Abb. 8) machen in ihrer monumentalen Strenge deutlich, welche Bedeutung die Machthaber der Institution zubilligten. Die Skulpturen entstanden im Atelier des Karlsruher Bildhauers Carl Egler (1896–1982). Egler hatte bei Hermann Föry an der Karlsruher Gewerbeschule und an der Landeskunstschule eine Ausbildung durchlaufen.

Der planende Architekt Robert Amann (1881–1954) war als Baubeamter beim Städtischen Hochbauamt tätig. Er gehört zu jenen Baumeistern, die das öffentliche Bauwesen in Karlsruhe vor allem in den 1920er und 1930er Jahren wesentlich prägten und durch eigene Projekte hervortraten, die bis heute erhalten geblieben sind. Sein bekanntestes und überregional bedeutendstes Werk ist das Rheinstrandbad Rappenwört in Karlsruhe, das von 1928 bis 1929 noch unter dem Einfluss des Neuen Bauens entstanden war. Für dieses Projekt entwarf Robert Amann qualitätvolle Hochbauten, wie das große Gaststättengebäude und die zugehörigen Umkleidebauten. Im Karlsruher Ortsteil Daxlanden schuf Amann bereits 1918/1919 eine gut gestaltete Kleinhaussiedlung (Holländerstr. 5–17/Valentinstr. 2–16). Sein eigenes Wohnhaus in Rüppurr (Hegastr. 1) erbaute er 1926 freilich in den sachlich-konservativen Formen einer erneuerten Heimatschutzarchitektur. Seit 1938 war Robert Amann dann Leiter des Städtischen Hochbauamts; in dieser Position vollendete er das nunmehr ausdrücklich von den faschistisch-nationalistischen Stilvorstellungen des Nationalsozialismus geprägte Arbeitsamt. Hierbei verarbeitete Amann dennoch Einflüsse der Neuen Sachlichkeit und des Neuen Bauens der 1920er Jahre, zu erkennen an den beiden kubisch formulierten Treppenhäusern mit Flachdächern, die als additiv wirkende Elemente Auftakt und Ende des langgestreckten und symmetrischen Baublocks bilden (Abb. 12). Die teure Steinverkleidung, in Karlsruhe auch zu finden am Gebäude der Reichspostdirektion von Prof. Hermann Billing (Ettlinger-Tor-Platz, 1935–1938), verleiht den Fassaden eine geradezu herrische Gravität. Im Gegensatz zu den Gepflogenheiten des Heimatstils findet sich auf dem Arbeitsamt lediglich ein flach geneigtes Walmdach mit zentralem Dachreiter.



Nach dem Zweiten Weltkrieg

Bei Luftangriffen im September 1944 hatte das Gebäude Beschädigungen am nordöstlichen Teil davongetragen, zur Reparatur wurden Schlackensteine und Glasscheiben angefordert. Und bereits im August 1945 konnten im notdürftig reparierten Arbeitsamt alle arbeitsfähigen Männer zwischen 14 und 65 sowie arbeitsfähige Frauen zwischen 14 und 45 erfasst werden, aber erst 1949 ist von einem bescheidenen baulichen „Wiederaufbau“ des Arbeitsamtes die Rede.

Schon im September 1945 fungierte das Haus als Meldestelle für „Ausländer“ der Militärregierung. Später wurden hier auch Pässe zum Überschreiten der Zonengrenzen ausgestellt. 1946 fand zusätzlich das städtische Wohnungsamt hier eine temporäre Unterbringung, bis es 1948 in die Dragonerkaserne in der Weststadt umzog. 1954 erfolgte der Umzug der Arbeitsverwaltung in ein neu errichtetes Gebäude an der nahen Rüppurrer Straße, bis 1996 der heutige Sitz der Bundesanstalt für Arbeit an der Brauerstraße bezogen werden konnte.

Seit 1996 wird das Gebäude der früheren NS-Behörde durch das Landesvermessungsamt Baden-Württemberg genutzt. Für ihre Zwecke benötigten die neuen Nutzer weder Schalterhallen noch Wartebereiche und entfernten die in Leichtbauweise errichteten Einbauten, um sie durch über einen Mittelgang erschlossene Zellenbüros zu ersetzen. Die Drehtüren der Rückfassade wurden ebenfalls herausgenommen und die Leerstellen durch Mauerwerk geschlossen, eine Maßnahme, die im Fugenbild heute noch ablesbar ist (Abb. 10). Das ehemalige Arbeitsamt ist neben dem Gebäude der Oberpostdirektion am Ettlinger-Tor-Platz der einzige repräsentative Großbau, der in den 1930er Jahren in Karlsruhe entstand und in Stil und Bauschmuck die Architekturvorstellungen des „Dritten Reiches“ widerspiegelt. Für seinen Bautypus ist der am repräsentativen Berliner Behördenbaustil orien-

tierte Funktionsbau ohne Vergleich und erinnert mit seiner durch den Architekten Albert Speer (1905–1981) wesentlich geprägten Ästhetik an die von persönlicher Repression und Kriegsnot gekennzeichneten Lebensumstände dieser Jahre. Der Bau ist aus den genannten Gründen ein Kulturdenkmal.

Praktischer Hinweis

Das Gebäude Kapellenstraße 17 in Karlsruhe ist nicht öffentlich zugänglich.

Literatur und Quellen

Generallandesarchiv Karlsruhe, GLA 460/6, 460/9. Stadtarchiv Karlsruhe, Historische Fotos 8/PBS 10 und 11, 8/Alben 41/375.

Christine Mattiesson: Die Rationalisierung des Menschen, Architektur und Kultur der deutschen Arbeitsämter 1890–1945, Berlin 2007.

Helmut Weihsmann: Bauen unterm Hakenkreuz, Architektur des Untergangs, Wien 1998.

Roland Peter: Rüstungspolitik in Baden: Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz in einer Grenzregion, Oldenburg 1995.

Volker Herrmann: Vom Arbeitsmarkt zum Arbeitseinsatz, Zur Geschichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1929 bis 1939, Frankfurt am Main u. a. 1993.

Dr. Clemens Kieser

Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart
Dienstszitz Karlsruhe

11 Südliches Treppenhaus.

12 Rückfassade, Blick vom Nachbargebäude.

